

Foto: Manduu/Tanner
Kunden trainieren um 28 Euro eine Viertelstunde unter Strom

➤ 400 Standorte geplant ➤ In Europa ist aber zu

Fitness-Kette Manduu expandiert in den USA

Mitten in der Corona-Krise treibt die heimische Fitness-Kette Manduu ihre Auslands-Expansion voran: Mit einem „u“ mehr im Namen sollen in Amerika in den nächsten drei bis vier Jahren 400 neue Standorte entstehen. In Europa leidet man jedoch unter den Lockdowns.

„Wann gibt es das schon, dass eine Austro-Marke in den USA stark wird. Derzeit gibt es dort elf Mandu-Standorte, bald Hunderte“, so Gründer Philipp Kaufmann. Das Konzept: Kunden trainieren einmal die Woche 15 Minuten lang um 28 Euro bzw. Dollar. Dabei stecken sie in einem Stromanzug und machen unter Anleitung eines Trainers

Übungen. Kaufmann: „Wir haben sogar Arnold Schwarzenegger gefragt, ob er für uns werben will. Er hat aber ‚Nein‘ gesagt, weil er auf Hanteltraining schwört.“

In Europa sind die aktuell 53 Mandu-Standorte wegen Corona geschlossen. Kaufmann: „Uns fehlt Planbarkeit. Besser wäre ein langer Lockdown mit der Garantie, danach öffnen zu dürfen!“ VS

➤ Ausbau zu Allfinanz-Anbieter ➤ Ziel 200.000 Kunden

Wüstenrot startet 2022 mit eigener Internet-Bank

Das Stammgeschäft mit Bausparen und Versicherungen will Wüstenrot-Chefin Susanne Riess künftig mit Bankangeboten vom Konto über Kredite bis Wertpapiere ergänzen. Die Wüstenrot Bank startet 1. April 2022.

„Wir wollen für unsere Kunden ein echter Allfinanz-Dienstleister sein“, erklärt Susanne Riess den strategischen Schritt. Hintergrund: Derzeit darf Wüstenrot nur Bauspar Darlehen bis 220.000 € und sonstige Kredite bis 30.000 € vergeben. Mit der Bank ist man dann betragsmäßig viel flexibler.

Zum Start werden Girokonten samt Kreditkarten, Sparprodukte sowie Hypothekarkredite angeboten. Wertpapiere folgen später, Konsumkredite will man über andere Partner anbieten. Kunden werden über Internet bzw. Wüstenrot-Finanzberater betreut. Chef der Bank wird Wolfgang Hanzl, früher bei easybank und Bawag. Diese wird so wie

Bank Austria und die drei-Banken-Gruppe weiterhin parallel Bausparprodukte und Versicherungen von Wüstenrot vertreiben. Christian Ebeert

Foto: Wüstenrot
Wolfgang Hanzl, Susanne Riess

Bausparen, Sozialversicherung, Spenden, Mehrwertsteuer

Geldtipps bis zum Jahresende

Ein paar Tage ist noch Zeit, seine persönlichen Finanzen für 2020 aufzubessern. So kann man etwa noch schnell die Staatsprämie für neue Bausparer bzw. Zukunftsvorsorge kassieren oder Doppelversicherungen zurückfordern.

Beim Bausparen bekommt man als Maximum 18 € für die Einzahlung von 1200 € gutgeschrieben. Für die prämienbegünstigte Zukunftsvorsorge legt der Staat 125,71 € bei Zahlung von 2957,80 € drauf. Wer

im Jahr 2017 doppelt sozialversichert war und über der Höchstbeitragsgrundlage verdiente, kann heuer noch die Rückerstattung eines Teils der Beiträge (z. B. Krankenkasse 4%) beantragen. Steuerlich absetzbar

sind weiters Spenden an anerkannte Empfänger (bis 10% des Jahresbezuges/Jahresgewinns).

Wer noch Geräte fürs Homeoffice braucht: Bis insgesamt 800 € sind sie auf einmal absetzbar. Warten sollte man hingegen bei einigen Reparaturen (Fahrrad, E-Bike, Schuhe, Lederwaren, Kleidung, Wäsche), denn dabei sind ab Jänner nur 13% statt 20% Mehrwertsteuer zu zahlen. CE



Foto: www.picturedesk.com

Krise trifft Tirol, Salzburg und Steiermark am stärksten

Fast 900.000 sind derzeit ohne Job oder in Kurzarbeit

Die Wirtschaftskrise hat uns fest im Griff: Über 400.000 Menschen sind derzeit in Kurzarbeit. Dazu kommen fast 500.000, die beim AMS als arbeitslos gemeldet sind, um 100.000 mehr als vor einem Jahr. Das sind in Summe 900.000 Betroffene. Nicht erfasst sind Selbständige, die keinen Umsatz mehr machen.

Die Lage verschärft sich: Binnen einer Woche kamen über 21.000 Arbeitslose dazu. Verantwortlich dafür sei weniger der Lockdown als viel mehr saisonale Effekte, vor allem in der Bauwirtschaft, so Arbeitsministerin Aschbacher. Mittlerweile gibt es erste

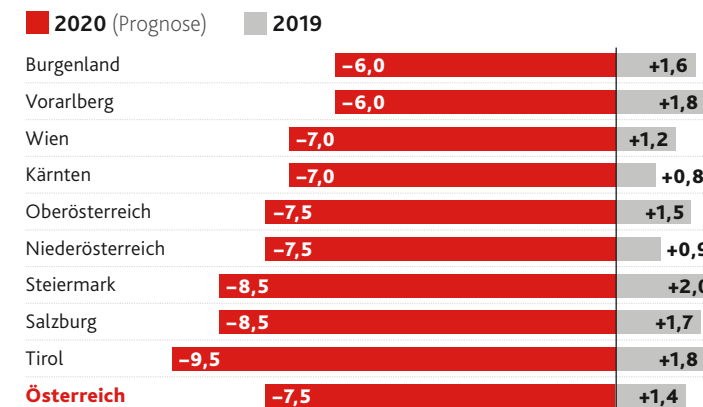
Zahlen, wie stark die Bundesländer vom Schrumpfen der Wirtschaftsleistung in diesem Jahr betroffen sind. Laut einer Analyse der UniCredit beträgt das reale Minus beim Bruttoinlandsprodukt in Tirol 9%, da wirkt sich vor allem der Einbruch im Tourismus aus.

In Salzburg und der Steiermark sind es minus 8,5% (siehe Grafik). Vergleichsweise am wenigsten betroffen sind Vorarlberg und das Burgenland, wo vor allem die Bauwirtschaft positive Impulse lieferte. In allen Bundesländern gab es neben dem Tourismus und der Gastronomie im Handel und den unternehmensnahen Dienstleistungen deutliche Rückgänge.

Industrie, Gesundheit und IT-Dienstleistungen sowie der Immobilienbereich liefen relativ gut. 2019 gab es noch ein Wachstum zwischen 0,9 und 2%, die Steiermark war Nr. 1. MS

Wen die Krise am härtesten trifft

Wirtschaftseinbruch in den Bundesländern in Prozent des BIP (Prognose)



Krone KREATIV | Quelle: Statistik Austria, Unicredit Research

Handelsumsätze weit hinter Plan

Im Endspurt des Weihnachtsgeschäftes zeigen sich viele Händler zwar zufrieden mit Einnahmen und Kundenfrequenzen – massive Umsatzeinbußen von bis zu 34%, wie etwa im Modehandel, bleiben. Bei Schuhgeschäften liegt das Minus laut aktueller KMU-Studie bei 25%, bei Uhren und Schmuck bei 24%, bei Sportartikeln bei 19%. Zulegen können nur Lebensmittel- und Drogerieketten. Im gesamten Weihnachtsgeschäft 2020 ist mit Rückgängen zwischen 150 Mio. € und 300 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr zu rechnen.

BUSINESS LINE

➤ Start-up-Hilfe

Der Hilfsfonds von 100 Millionen Euro für Start-up-Unternehmen sei nur ein Tropfen auf den heißen Stein, beklagen Betroffene und fordern eine Aufstockung auf 200 Mio. €.

➤ Börsengänge

Trotz Corona gab es heuer weltweit um 15% mehr Börsengänge. In Österreich kamen Aventa und die Biogena Group hinzu.

Insgesamt 1250 Mrd. €

Vermögen sehr ungleich verteilt

Jeder Haushalt in Österreich hat statistisch gesehen im Schnitt ein Nettovermögen von 320.000 €. Tatsächlich besitzen die Hälfte der Haushalte aber nur 2,8% des Gesamtvermögens von 1250 Mrd. €. Das reichste Prozent habe 39% Anteil. Die AK fordert eine gerechtere Verteilung – auch der Kosten der Krise – und plädiert einmal mehr für eine Vermögenssteuer. GH